

15.10.2015

Ein Service der NachDenkSeiten: Interessante Dokumente des Zeitgeschehens

Wir hoffen, dass die hier folgende Zusammenstellung Interessanter Dokumente unserer vielfältigen Leserschaft als Argumentationshilfe und für viele andere Zwecke nützlich sein wird. Journalistinnen und Journalisten, Lehrerinnen und Lehrer und alle jene, die zum Gespräch mit Freunden gut gewappnet sein wollen, oder gelegentlich eine Rede halten müssen, oder ein Papier zum politischen Geschehen schreiben und deshalb nach historischen und aktuellen Bezügen suchen, sollen in dieser Dokumentation Unterstützung finden. Sie können die Dokumentation - selbstverständlich auch weitergeben und damit auf die NachDenkSeiten aufmerksam machen. Albrecht Müller. Mehr.

Wir haben überlegt, ob wir die Dokumentation nach Fachbereichen ordnen sollten. Das ist aber ungemein schwierig, weil in vielen Dokumenten sehr verschiedene Fachbereiche angesprochen werden. Deshalb haben wir uns zunächst mit einer chronologischen Zusammenstellung begnügt. Vielleicht gibt es von Seiten der NDS-Leserinnen und -Leser gute Vorschläge für eine andere Ordnung.

Die Dokumentation hat Lücken. Wir mussten konzentrieren, damit die Übersichtlichkeit und damit die Brauchbarkeit erhalten bleiben. Aber wenn aus Ihrer Sicht wichtige Dokumente fehlen, dann machen Sie uns bitte darauf aufmerksam. Es wäre dann hilfreich, die Ergänzung so anzulegen wie in der hier vorliegenden Dokumentation – also: Überschrift, Übersicht über den Inhalt von 8-12 Zeilen und dann der Link auf die Quelle. Wichtiges Auswahlkriterium: Nützlichkeit für die Leserinnen und Leser. Damit unsere Redaktions- und Hinweismailadresse nicht überlastet wird, schicken Sie bitte Ihre Ergänzungen für die Dokumentation an folgende E-Mail-Adresse: service@NachDenkSeiten.de Und werden Sie bitte nicht ungeduldig, wenn die gelegentlich fällige Fortsetzung der Dokumentation einige Zeit in Anspruch nimmt. An der Zusammenstellung hat Christian Reimann wesentlich mitgewirkt. Danke vielmals.

Ein Service der NachDenkSeiten: Interessante Dokumente des Zeitgeschehens

Stand: 15.10.2015 (CR/AM)

SPD: Das Heidelberger Programm von 1925

Dieses Grundsatzprogramm enthält u.a. folgende bedeutende Forderungen: für Trennung von Staat und Kirche, es sollten keine öffentlichen Mittel für kirchliche und religiöse Zwecke aufgewendet werden; die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten; für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung; internationale Abrüstung; die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa.

Dieses progressive Programm spiegelt jedoch nicht das pragmatische Vorgehen der SPD-Spitze wider. Es ist nicht das einzige Mal, dass zwischen Programmatik und Regierungsentscheidungen der SPD eine Differenz feststellbar ist.

Quelle: Marxists' Internet Archive

<http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1925/heidelberg.htm>

Ahlener Programm der CDU der britischen Zone vom 3. Februar 1947

Das Programm wurzelt in der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts (christliche Soziallehre). Von seinen Verfechtern wurde es als christlichen Sozialismus bezeichnet. Der Begriff taucht im Programm selbst jedoch nicht auf. Es beginnt mit den Worten:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das

kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

Quelle: Konrad Adenauer Stiftung

<http://www.kas.de/wf/de/33.813/>

Willy Brandt: Rede in der Bonner Beethovenhalle vom 28. April 1961

In dieser Rede auf dem SPD-Wahlkongress erhob Brandt den "Blauen Himmel über dem Ruhrrevier" zu einem Punkt des Regierungsprogramms, das er nach einem etwaigen Sieg verwirklichen wollte. Prägende Sätze dieser Brandt-Rede waren:

"Erschreckende Untersuchungsergebnisse zeigen, dass im Zusammenhang mit der Verschmutzung von Luft und Wasser eine Zunahme von Leukämie, Krebs, Rachitis und Blutbildveränderungen sogar schon bei Kindern festzustellen ist. Es ist bestürzend, dass diese Gemeinschaftsaufgabe, bei der es um die Gesundheit von Millionen Menschen geht, bisher fast völlig vernachlässigt wurde. Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden!" Von Ludwig Erhard wurde u.a. diese umweltpolitische Forderung der SPD als "Hustenbonbons" abqualifiziert.

Diese Rede belegt auch, dass Fragen zum Umwelt- und Naturschutz nicht erst durch die später gegründeten Grünen erhoben wurden.

Hier auch eine spätere Doku von Phoenix zur Lage im Ruhrgebiet

Wie der Himmel über der Ruhr wieder blau wurde (Doku)

<https://www.youtube.com/watch?v=AW5jHpAtgiE>

Und ein PDF der Rede (Vorwärts Nr. 18 (3. Mai 1961), S. 20) (fehlt noch)

Sekundär-Quelle: Spiegel Online

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43365482.html>

Die Tutzinger Rede von Egon Bahr vom 15. Juli 1963

Wichtigste Botschaft war das Konzept der neuen Ostpolitik: Wandel durch Annäherung, so bereits der Titel der Rede. Der Inhalt war 1963 noch visionär – der Fall der Mauer gilt als Krönung des langen, damit verbundenen Prozesses.

Quelle: Friedrich Ebert Stiftung

http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/stichwort/wandel.htm

Willy Brandt: Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969

Bundeskanzler Willy Brandt steckte eine Woche nach seiner Wahl zum Bundeskanzler den Kurs der Regierung ab, die erstmals von SPD und FDP gebildet wurde. Seine Rede im Deutschen Bundestag war ein Signal des Aufbruchs. Er kündigte Reformen im Innern und eine neue Ost- und Deutschlandpolitik an. Die Kernbotschaften der sozial-liberalen Koalition an die Bürgerinnen und Bürger lauteten: „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ und „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden – im Inneren und nach außen.“

Quelle: Bundeskanzler Willy Brandt Stiftung

<http://www.willy->

[brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Regierungserklaerung_Willy_Brandt_1969.pdf](http://www.willy-brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Regierungserklaerung_Willy_Brandt_1969.pdf)

Freiburger Thesen der FDP vom 27. Oktober 1971

Die Freiburger Thesen orientierten die Partei in Richtung eines reformorientierten „Sozialen Liberalismus“. Sie standen im Kontext der Gründung der ersten sozialliberalen Koalition 1969 auf Bundesebene. Liberalismus sollte nicht mehr nur politisch orientiert sein, sondern auch soziales Engagement ermöglichen. Die Fähigkeiten des Menschen zu selbstständigen Entscheidungen sollten nicht im Widerspruch zu Gemeinschaft, Mitmenschlichkeit und demokratischer Partizipation stehen, sondern gerade erst in ihnen aufgehen.

Quelle: FDP

http://www.freiheit.org/files/288/1971_Freiburger_Thesen.pdf

Willy Brandt: Friedensnobelpreis-Rede vom 10. Dezember 1971

Als Bundeskanzler wurde Willy Brandt am 10. Dezember 1971 der Friedensnobelpreis für das Jahr 1971 verliehen. In der Begründung des Nobel-Komitees ist u.a. zu lesen: „Bundeskanzler Willy Brandt hat als Chef der westdeutschen Regierung und im Namen des deutschen Volkes die Hand zu einer Versöhnungspolitik zwischen alten Feindländern ausgestreckt. Er hat im Geiste des guten Willens einen hervorragenden Einsatz geleistet, um Voraussetzungen für den Frieden in Europa zu schaffen.“ Am Tag nach der Preisverleihung hält Brandt an der Osloer Universität einen vielbeachteten Vortrag zum Thema „Friedenspolitik in unserer Zeit“.

Quelle: Bundeskanzler Willy Brandt Stiftung

http://www.willy-brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Rede_Willy_Brandt_Nobelpreis_1971.pdf

Walter Scheel, Bundestagsrede zum konstruktiven Misstrauensvotum der CDU/CSU-Fraktion am 27. April 1972

In seiner Rede hob Scheel den schmalen Grad zwischen Legitimität und Demokratie hervor. Alle Abgeordneten hätten ein freies Gewissen und das Recht zum Misstrauensvotum. Es dürfe jedoch nicht zur Regel werden, dass Parlamentsmehrheiten durch Parteienwechsel und eben nicht durch Wählervotum gebildet werden. Andernfalls wäre die Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie in Gefahr.

Quelle: Politik für die Freiheit

http://www.politik-fuer-die-freiheit.de/files/77/Scheel-Misstrauensvotum_1.pdf

KSZE-Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975

Die Schlussakte von Helsinki ist kein völkerrechtlicher Vertrag, sondern eine selbstverpflichtende Absichtserklärung der Staaten. In ihr verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur friedlichen Regelung von Streitfällen, zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sowie zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Außerdem wurden Vereinbarungen in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt sowie zu Fragen der Zusammenarbeit in humanitären Angelegenheiten vereinbart.

Quelle: OSCE

<http://www.osce.org/node/39503>

Helmut Schmidt, Speech at the International Institute for Strategic Studies (IISS) vom 28. Oktober 1977

Diese Rede ist später als die eigentliche Geburtsstunde des sogenannten Doppelbeschlusses bezeichnet worden.

Quelle: The Nuclear Crisis

<http://www.box.net/shared/266gfclxsf>

Lambsdorff-Papier vom 9. September 1982

Am 9. September 1982 hatte der damalige Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff sein „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ – den „Scheidebrief“ für die damalige sozialliberale Koalition – veröffentlicht. Seit dieser Zeit wird Politik – manchmal mehr, manchmal weniger – nach dieser Rezeptur gemacht.

Quelle: NachDenkSeiten

http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/lambsdorff_papier_1982.pdf

Willy Brandt: Die Abschiedsrede vom 14. Juni 1987

Willy Brandt kündigte am 23. März 1987 seinen Rücktritt vom Amt des SPD-Vorsitzenden an, das er 23 Jahre lang innehatte. Anlass war der Protest vieler Sozialdemokraten gegen seinen Vorschlag, die parteilose Margarita Mathiopoulos zur neuen Vorstandssprecherin zu machen. Mit einer eindrucksvollen Rede verabschiedete Brandt sich bei einem außerordentlichen Parteitag in der Bonner Beethovenhalle am 14. Juni 1987. Darin zog er eine Bilanz seines politischen Wirkens

und betonte, wie viel ihm der Grundwert der Freiheit bedeutet hat. Zugleich mahnte Brandt die SPD, für gesellschaftliche Veränderungen offen zu sein und sich ständig zu erneuern. Die Delegierten ernannten ihn zum Ehrenvorsitzenden der Partei.

Quelle: Bundeskanzler Willy Brandt Stiftung

http://www.willy-brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Abschiedsrede_Willy_Brandt_Parteitag_1987.pdf

Grundsatzprogramm der SPD vom 20. Dezember 1989 in Berlin

Das Berliner Grundsatzprogramm wurde zweieinhalb Monate nach dem Fall der Mauer in Berlin verabschiedet. Da heißt es zum Beispiel:

„Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen. (...) Friedenspolitik muss die Vorherrschaft militärischer, bürokratischer und rüstungswirtschaftlicher Interessen brechen und Rüstungsproduktion in die Produktion ziviler Güter überführen.“

Eine andere Forderung war das Verbot von Leiharbeit.

Ein weiteres Mal ist eine Differenz zwischen sozialdemokratischer Programmatik und Regierungsentscheidungen feststellbar.

Quelle: SPD

http://www.spd.de/linkableblob/1812/data/berliner_programm.pdf

Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 15. März 1991

Der vollständige Titel des Vertrages lautet: Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland und ist ein Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik sowie Frankreich, der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Dieser Vertrag wurde am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet und trat mit Ratifizierung durch die Sowjetunion am 15. März 1991 in Kraft.

Quelle: Auswärtiges Amt

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/Geschichte/ZweiPlusVier/ZweiPlusVier_node.html

Das Stationierungsrecht nach der deutschen Einheit von 1991

Es geht dabei um das Stationierungsrecht und um den weiteren Umgang zwischen West und Ost und insbesondere mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, vor allem Russland. Damals hatten die Regierung Kohl wie auch die wichtigen Vertreter der SPD (Willy Brandt und Helmut Schmidt) und der FDP (Hans-Dietrich Genscher) die Vorstellung von einer West und Ost und insgesamt Eurasien umfassenden Zusammenarbeit. Das Papier kursierte 1991 im Bundesverteidigungsministerium.

Quelle: BMVg

<http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/150921-strategiepapier-bmvg0001.pdf>

Hans Tietmeyer, Weltwirtschaftsforum in Davos vom 03. Februar 1996

„Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“

Der damalige Präsident der Bundesbank und heutige Botschafter der neoliberalen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft stellt damit nicht lediglich den Primat der Politik vor den Finanzmärkten infrage, sondern stellt ganz offen die Kontrolle der Politik durch die Finanzmärkte fest.

Quelle: NachDenkSeiten

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=11578>

Helmut Schmidt, Offener Brief an Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, in „Die Zeit“ vom 8. November 1996

Helmut Schmidt hatte einen erstaunlichen Brief an den damaligen Bundesbankpräsidenten in der Wochenzeitung „Die Zeit“ veröffentlicht. Dieser enthält viele brauchbare Zitate.

Quelle: Uni Konstanz

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=11578>

Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vom 7. Dezember 1998

Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit traf sich neun Mal zu Gesprächen im Zeitraum vom 7. Dezember 1998 bis zum 3. März 2003. In gemeinsamen Erklärungen wurden Ergebnisse des Bündnisses festgehalten. Außerdem gab es gemeinsame Erklärungen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Das Bündnis strukturierte sich in Spitzengespräche, eine Steuerungsgruppe, eine Benchmarking-Gruppe und Arbeitsgruppen für verschiedene Themenbereiche. An den Spitzengesprächen nahmen der Bundeskanzler, der Kanzleramtsminister, die zuständigen Fachminister und vier Vorsitzende der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände sowie fünf Gewerkschaftsvorsitzende teil. Der Leiter des Bundeskanzleramtes koordinierte das Bündnis – zunächst Bodo Hombach und nach dessen Rücktritt Frank-Walter Steinmeier.

Quelle 1: Deckblatt

<http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/151015-broschuere-buendnis-fuer-arbeit-deckblatt.pdf>

Quelle 2: Text 1

<http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/151015-broschuere-buendnis-fuer-arbeit-text-1.pdf>

Quelle 3: Text 2

<http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/151015-broschuere-buendnis-fuer-arbeit-text-2.pdf>

Schröder-Blair-Papier vom 8. Juni 1999

Dieses am 8. Juni 1999 vorgelegte Papier wirkt sich bis heute insbesondere auf die deutsche Sozialdemokratie aus:

- a) inhaltlich und sprachlich bedient es Vorurteile der Neoliberalen;
- b) es zeigt Wirkungen auf Ausrichtung und Strategie der Sozialdemokratie in ganz Europa;
- c) bei der deutschen Sozialdemokratie hatte kein Parteigremium über den Kurswechsel entschieden, auf europäischer Ebene hatte es keinen Dialog und kaum eine Debatte zum Parteikurs gegeben.

Quelle: Glasnost

<http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html>

Gerhard Schröder: Regierungserklärung vom 29. Oktober 2002

In dieser Rede plädierte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder direkt für Kürzungen von sozialen Leistungen: „Zu Reform und Erneuerung gehört auch, manche Ansprüche, Regelungen und Zuwendungen des deutschen Wohlfahrtsstaates zur Disposition zu stellen. Manches, was auf die Anfänge des Sozialstaates in der Bismarck-Zeit zurückgeht und noch vor 30, 40 oder 50 Jahren berechtigt gewesen sein mag, hat heute seine Dringlichkeit und damit auch seine Begründung verloren.“ Es kann als Vorbereitung für die Agenda 2010 gewertet werden.

Quelle: AG Friedensforschung

<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Aussenpolitik/regierungserklaerung02.html>

Kanzleramtspapier vom Dezember 2002

„Auf dem Weg zu mehr Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit“. Öffentlichkeitswirksam in den Medien tauchte es erstmals am 20.12.2002 auf - das Strategiepapier des damaligen Kanzleramtsminister Frank Walter Steinmeier leitete die Kehrtwende in der Sozialpolitik ein und war ein Vorläufer-Konzept für die „Agenda 2010“.

Quelle: Portal Sozialpolitik

<http://www.portal-sozialpolitik.de/uploads/sopo/pdf/2002/2002-12-20-Agenda-2010-Kanzleramtspapier.pdf>

Gerhard Schröder: Regierungserklärung vom 14. März 2003

In dieser Rede kündigte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder „Reformen“ an, die unter Begriff „Agenda 2010“ bekannt geworden sind. Prägende Sätze dieser Rede lauten:

„Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen. Alle Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen: Unternehmer und Arbeitnehmer, freiberuflich Tätige und auch Rentner. (...) Entweder wir modernisieren, und zwar als soziale Marktwirtschaft, oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen würden. (...)

Das ist der Grund, warum wir die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenlegen werden, und zwar einheitlich auf einer Höhe – auch das gilt es auszusprechen –, die in der Regel dem Niveau der Sozialhilfe entsprechen wird. (...)

Der Umbau des Sozialstaates und seine Erneuerung sind unabweisbar geworden. Dabei geht es nicht darum, ihm den Todesstoß zu geben, sondern ausschließlich darum, die Substanz des Sozialstaates zu erhalten.

Quelle: Deutscher Bundestag

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/15/15032.pdf>

17. Parteitag der CDU in Leipzig vom 1./2. Dezember 2003

Beschlossen wurde u.a. noch mehr Deregulierung (auch der Finanzmärkte); noch mehr Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme, z.B. der Einstieg in ein Gesundheits-Prämienmodell (Stichwort Kopfpauschale); die „Soziale Marktwirtschaft“ sollte durch eine „Neuen Soziale Marktwirtschaft“ abgelöst werden, die dem „Markt mehr Freiheit“ gebe; mehr Unternehmenssteuersenkungen und Senkung der „Lohnnebenkosten“.

Quelle: CDU

<http://www.cdu.de/artikel/17-parteitag-leipzig-2003>

Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem World Economic Forum in Davos vom 28. Januar 2005

In dieser Rede erklärte Schröder mit der Einführung von Hartz I-IV und der gelockerten Rahmenbedingungen für Leiharbeit ist den Aufbau des größten Niedriglohnsektors in der EU als Ziel. Prägende Sätze sind:

„Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt. (...) Wir haben einen funktionierenden Niedriglohnsektor aufgebaut, und wir haben bei der Unterstützungszahlung Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr stark in den Vordergrund gestellt.

Quelle: gewerkschaft von unten

http://www.gewerkschaft-von-unten.de/Rede_Davos.pdf

Gemeinsam für Deutschland - mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD der 16. Wahlperiode 2005-2009 vom 11. November 2005

Das Papier liefert insbesondere auf Seite 73f. zahlreiche Hinweise zu den Stichworten: Ausbau des Finanzplatz Deutschland und des Verbriefungsmarktes, Deregulierung, PPP, Finanzmarktaufsicht mit Augenmaß und kann in der Auseinandersetzung mit der Behauptung, die deutsche Seite sei nicht verantwortlich für den Ausbau des Finanzcasinos Verwendung finden.

Quelle: Konrad Adenauer Stiftung

<http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Koalitionsvertraege/Koalitionsvertrag2005.pdf>

Jörg Asmussen, Verbriefungen aus Sicht des Bundesfinanzministeriums, in „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“ 19/2006

Das Bundesfinanzministerium hat unter der Führung Steinbrücks das Verbriefungsgeschäft erleichtern wollen und erleichtert. Dieser Beitrag des damaligen Abteilungsleiters und späteren Staatssekretärs (zunächst im Bundesfinanz-, derzeit im Bundesarbeitsministerium) Asmussen zeigt die eigentliche Einstellung der führenden Sozialdemokraten: Sie waren zur Deregulierung der Finanzmärkte bereit und haben so die noch heute andauernde Finanzkrise wenn nicht erst ermöglicht, so doch beschleunigt.

Quelle: NachDenkSeiten

http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/081010_Asmussen.pdf

Interview der ARD mit dem russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin vom 29. August 2008

ARD-Korrespondent Thomas Roth führte das Interview über die Eskalation im Kaukasus-Konflikt. Das Gespräch wurde am gleichen Abend in einer circa zehnminütigen Fassung als ARD-Sondersendung im Ersten ausgestrahlt. Wie von vielen Zuschauern gewünscht, dokumentiert tagesschau.de an dieser Stelle das komplette Interview.

Ein Beispiel von Meinungsmache der deutschen, öffentlich-rechtlichen ARD.

Quelle 1: tagesschau.de

http://www.tagesschau.de/ausland/putininterview100~_origin-31e567e8-f097-4b6b-8376-a5006ca5ed8b.html

Quelle 2: russland.RU

<http://russslandonline.ru/rumed0010/morenews.php?iditem=1018>

Film: Rentenangst. Der Kampf um die Altersversorgung von 2008

Im Film „Rentenangst“ wird belegt, dass insbesondere Prof. Raffelhüschen wesentlich daran mitgewirkt hat, die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente so zu verringern, dass sich Produkte der privaten Vorsorge leichter verkaufen lassen.

Quelle 1: NachDenkSeiten

http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/080309_ARD_Rentenangst.pdf

Quelle 2: You Tube

<http://www.youtube.com/playlist?list=PL7B051CEEC4D8C33E>

Harald Schumann, Die Geretteten vom 13. September 2009

„Für die Sanierung der Pleitebank HRE fließen zweistellige Milliardensummen aus Steuergeldern. Aber die Regierung hält die Namen der Kreditgeber geheim, die auf Staatskosten freigekauft wurden. Die Bürger müssen zahlen, aber für wen, das sollen sie nicht wissen. Wir dokumentieren die Liste der Geretteten – die bisher keinen Cent zur Rettung beitragen müssen.“

Quelle: Der Tagesspiegel

<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/finanz/hypo-real-estate-die-geretteten/1598962.html>

Friedensnobelpreis 2009 geht an Barack Obama - Die Begründung des Komitees im Wortlaut (englisch, deutsch) vom 09. Oktober 2009

„Das norwegische Nobelkomitee hat entschieden, dass der Friedensnobelpreis für 2009 an Präsident Barack Obama vergeben wird für dessen außergewöhnliche Bemühungen zur Stärkung der internationalen Diplomatie und um Zusammenarbeit zwischen den Völkern. (...) Obama hat als Präsident ein neues Klima in der internationalen Politik geschaffen. Multilaterale Diplomatie mit einer Betonung auf der Rolle, die die Vereinten Nationen und andere internationale Institutionen spielen können, hat wieder eine zentrale Rolle bekommen. Dialog und Verhandlungen sind die bevorzugten Mittel zur Lösung selbst der schwierigsten internationalen Konflikte.“

Quelle: AG Friedensforschung

<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Friedenspreise/nobel2009.html#5>

Bundestagsrede Gregor Gysi vom 21. Mai 2010

Finanzmärkte ziehen Kanzlerin am Nasenring durch die Manege

Gregor Gysi in der Debatte über den von CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus

In seiner Rede forderte er, die Herrschaft des Politischen über die Finanzwelt endlich wieder herzustellen.

Quelle: NachDenkSeiten

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=5820>

Sahra Wagenknecht, Freiheit statt Kapitalismus, 2011

Sahra Wagenknecht hat in ihrem neuen Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ kompakt und faktenreich dokumentiert, wie Steinbrück und Eichel, Merkel und Schröder den „Finanzplatz Deutschland“ den Spekulanten geöffnet und uns Milliarden-Lasten aufgebürdet haben. Im Buch befinden sich diese Vorgänge auf den Seiten 47-55.

Quelle 1: NachDenkSeiten

http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/110517_zu_steinbrueck_seiten_47_55_aus_wagenknecht_freiheit.pdf

Quelle 2: NachDenkSeiten

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=9475>

Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal, Pedro Passos Coelho vom 01. September 2011

„Frage: Frau Bundeskanzlerin, fürchten sie um die Schlagkraft des EFSF, wenn der Bundestag und alle anderen nationalen Parlamente in Europa demnächst bei allen wichtigen Entscheidungen vorab mitbestimmen wollen?“

Auch auf dem Höhepunkt der Krise in und um Griechenland -insbesondere vor dem Hintergrund eines nicht zugelassenen Bürgerentscheid durch Regierungen in der EU (einschließlich Merkel selbst)- hat die Bundeskanzlerin so geantwortet:

„Wir leben ja in einer Demokratie und sind auch froh darüber. Das ist eine parlamentarische Demokratie. Deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben. Ich höre zum Beispiel von unseren Haushaltspolitikern, dass man sich dieser Verantwortung bewusst ist. Aber wir müssen in Europa einen Weg finden, obwohl wir mehrere Länder sind, trotzdem das Richtige zu tun. Dabei müssen die Regierungen und die europäischen Institutionen in Sachen Kommunikation zum Teil hinzulernen, und dabei müssen die Parlamente lernen. Aber ich sehe keinen Grund, warum die Parlamente schlechter als andere sein sollten.“

Quelle: Die Bundeskanzlerin

<http://www.bundeskanzlerin.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/09/2011-09-01-merkel-coelho.html>

Bundestagsrede Gregor Gysi, Schwarz-Gelb hängt an klein kariierter Ideologie vom 07. September 2011

Gysi-Rede im Bundestag sehr empfehlenswert, analytisch gut und mit hilfreichen konkreten Vorschlägen.

Quelle: Die Linke im Bundestag

<http://www.linksfraktion.de/reden/schwarz-gelb-haengt-klein-kariierter-ideologie/>

Neue Rubrik: „Nützliche Zitate“ für Ihren Bedarf vom 12. Dezember 2011

Wer Gespräche mit anderen Menschen führt, wer gar selbst Texte schreibt oder Vorträge hält, braucht zum Beleg immer mal wieder passende Zitate. Bedienen Sie sich. Die Zitate sind jetzt zunächst noch nach Autoren geordnet. Es wird sich vermutlich als nützlich erweisen, nach sachlichen Kriterien zuordnen.

Quelle: NachDenkSeiten

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=11578>

Das 40-Punkte-Wahlprogramm von SYRIZA für die Parlamentswahlen am 17. Juni von 2012

Einige Punkte wären sicherlich auch für Deutschland gut: Z.B das ausdrückliche Verbot von Finanzderivaten und die Einführung der Finanztransaktionssteuer.

Quelle: attac

http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Attac_International/Texte/Griechenland/20120617_SYRIZA_Wahlprogramm.pdf

Putin stellt sich. Der russische Präsident im Gespräch mit Jörg Schönenborn vom 2. April 2013

Abschrift der Simultanübersetzung.

Anlass des Gesprächs war die Hannover-Messe, bei der Russland Partnerland war und die zwei Tage später eröffnet wurde. Im Interview sieht Putin die Verluste russischer Anleger auf Zypern positiv. Er münzt die Heranziehung der Anleger auf Zypern als Werbung für deutsche Investitionen in Russland um, weil die Einkommensteuer bei nur 13 Prozent liege. Interessant bei den Gesprächen zwischen Putin und Merkel in Hannover sei vor allem, ob sich die Kontrollen bei den deutschen Partei-Stiftungen und russischen NGOs negativ auf die geplanten Visa-Erleichterungen für Beamte, Journalisten und Studierende auswirken werden. Auf solche Erleichterungen hätte man sich auf deutsche Initiative Mitte März bei Gesprächen zwischen der EU-Kommission und Russland verständigt. Mit der deutschen Wirtschaft hätten Visa-Erleichterungen einen mächtigen Fürsprecher.

Quelle: tagesschau.de

<http://www.tagesschau.de/ausland/putininterview104.pdf>

Film: Staatsgeheimnis Bankenrettung von 2013

Im Verlauf der sog. Eurokrise haben zahlreiche Banken gigantische Summen verloren. Staaten wie Griechenland, Spanien und Irland sahen sich gezwungen, ihre Geldinstitute mit Milliardenbeträgen zu stützen. Aber wohin floss und fließt das Geld wirklich? Wem schulden die maroden Banken das Geld? Der Wirtschaftsjournalist Harald Schumann hat nach Antworten gesucht.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

<http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/178188/der-film-staatsgeheimnis-bankenrettung>

Uwe Krüger: Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten - eine kritische Netzwerkanalyse erschien 2013

Uwe Krüger hat beobachtet und beschreibt, dass sich Journalisten in verschiedenen Zirkeln mit den Mächtigen treffen, und sich dieses Eingebundensein in ihren journalistischen Werken niederschlägt. Die Daten im Buch von Uwe Krüger beziehen sich auf die Jahre 2002-2009. Seine Beobachtungen sind wichtig, um z.B. die Grundlinien wichtiger Medienschaffenden in der wieder auflebenden Auseinandersetzung zwischen West und Ost und damit das überwiegende Medienecho beim Konflikt um die Ukraine besser zu verstehen und vor allem auch die Orientierung an transatlantischem und US-amerikanischen Denken einordnen zu können. Zum besseren Verständnis ist auf den Seiten 119-122 eine Tabelle mit Größen des deutschen Journalismus, die in transatlantisch ausgerichteten außen- und sicherheitspolitischen Eliten-Organisationen eingebunden waren und sind.

Quelle 1: Herbert von Halem Verlag

<http://www.halem-verlag.de/2013/meinungsmacht-und-elite-journalismus/>

Quelle 2: NachDenkSeiten

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=21214>

Erstes Leak des deutschsprachigen TTIP Mandats für die Geheimverhandlungen zwischen EU und USA vom 13. Juni 2013

Auf Basis dieses Mandats verhandelt die EU-Kommission mit den USA über TTIP.

Quelle: TTIP-Leak

<http://www.ttip-leak.eu/media/download/e2ff8f5879aeaf5a40360628db9a0c84.pdf>

Rede Frank-Walter Steinmeier vor dem Arbeitgeberverband BDA vom 19. November 2013

Der damalige SPD-Fraktionschef Steinmeier präsentierte als Interessenvertreter der Arbeitgeber. Mit Stolz erläuterte er den versammelten Managern in seiner Rede, dass die SPD die beste Hilfe für Vermögende in Deutschland sei: Ab Minute 15:45 und besonders ab Minute 17:00 lobte Steinmeier die Agenda 2010 wegen der Steuersenkungen für die Wirtschaft, auch der Halbierung der Besteuerung der Zinseinkommen – Halbierung im Vergleich zur Steuer auf verdiente Löhne der Arbeitnehmerschaft.

Quelle: NachDenkSeiten

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=19482>

Ukraine Krise: Durchgesickertes Nuland-Pyatt Telefonat

Übersetzung des Transkripts von BBC News Europe

Abgehörtes Telefonat zwischen Jeffery Payette und Victoria Nuland über die ukrainische Opposition und über die EU. Geoffrey R. Pyatt ist der derzeitige Botschafter der USA in der Ukraine. Victoria Jane Nuland ist US-amerikanische Diplomatin. Sie ist zur Zeit Assistant Secretary of State im Dienst des US-Außenministeriums und als solche zuständig für Europa und Eurasien.

Quelle 1: NachDenkSeiten

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=20781>

Quelle 2: You Tube

<https://www.youtube.com/watch?v=yliYQNOYUVg>

„Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen“

Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich der Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz vom 31. Januar 2014

„Deutschland zeigt zwar seit langem, dass es international verantwortlich handelt. Aber es könnte – gestützt auf seine Erfahrungen bei der Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit – entschlossener weitergehen, um den Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, NATO und den Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu formen. Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde. (...) Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein. Eines haben wir gerade in Afghanistan gelernt: Der Einsatz der Bundeswehr war notwendig, konnte aber nur ein Element einer Gesamtstrategie sein. Deutschland wird nie rein militärische Lösungen unterstützen, es wird politisch besonnen vorgehen und alle diplomatischen Möglichkeiten ausschöpfen. Aber wenn schließlich der äußerste Fall diskutiert wird – der Einsatz der Bundeswehr –, dann gilt: Deutschland darf weder aus Prinzip "nein" noch reflexhaft "ja" sagen.“

Quelle: MSC

http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.pdf;jsessionid=058D13655365759B703113D24C0E9E58.2_cid388?__blob=publicationFile

Rede der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz vom 31. Januar 2014

„Daher ist Abwarten keine Option. Wenn wir über die Mittel und Fähigkeiten verfügen, dann haben wir auch eine Verantwortung, uns zu engagieren. Verstehen Sie mich nicht falsch: Dies bedeutet nicht, dass wir dazu tendieren sollten, unser ganzes militärisches Spektrum einzusetzen – auf keinen Fall. Und dies bedeutet genauso wenig, dass wir kurzfristige Erfolge erwarten dürfen. Aber es bedeutet, dass wir die Verpflichtung und die Verantwortung haben, unseren Beitrag zu einer schrittweisen Lösung der aktuellen Krisen und Konflikte erbringen. Gleichgültigkeit ist für ein Land wie Deutschland keine Option, weder aus sicherheitspolitischer noch aus humanitärer Sicht.“

Quelle: MSC

https://www.securityconference.de/fileadmin/MSC_/2014/Reden/2014-01-31_Rede_BMin_von_der_Leyen_MSC_2014.pdf

Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz vom 01. Februar 2014

„Deutschland muss bereit sein, sich außen- und sicherheitspolitisch früher, entschiedener und substanzieller einzubringen.

Die Übernahme außenpolitischer Verantwortung muss immer konkret sein. Sie darf sich nicht in Empörungsrhetorik oder der bloßen Benennung von Bemühungen und Aktivitäten anderer erschöpfen. Ein konkretes Beispiel ist die veränderte Position der Bundesregierung beim Angebot, Reststoffe syrischer Chemiewaffen in deutschen Anlagen zu vernichten, die zu den modernsten der Welt gehören.

Deutschland will und wird Impulsgeber sein für eine gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Nur wenn wir unser Gewicht gemeinsam in die Waagschale werfen, im Süden wie im Osten, wird Europas Außenpolitik mehr sein als die Summe vieler kleiner Teile. In diesem Geist prüfen wir aktuell, wie wir die Stabilisierung fragiler Staaten in Afrika, namentlich in Mali, auch militärisch konkret unterstützen können. Der Einsatz von Militär ist ein äußerstes Mittel. Bei seinem Einsatz bleibt Zurückhaltung geboten. Allerdings darf eine Kultur der Zurückhaltung für Deutschland nicht zu einer Kultur des Heraushaltens werden. Deutschland ist zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren.“

Quelle: MSC

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/140201-BM_M%C3%BCSiKo.html

Rede Wladimir Putin zum Beitritt der Krim vom 18. März 2014

Diese Rede hielt der russische Präsident im Kreml vor Abgeordneten der Staatsduma, vor Mitgliedern des Föderationsrats, Gouverneuren des Landes und Vertretern der Zivilgesellschaft bezüglich der Bitte der Republik Krim und der Stadt Sewastopol um Aufnahme in den Bestand der Russischen Föderation.

Bemerkenswert an dieser Rede sind u.a. seine Hinweise auf „treibende Kräfte“ in Kiew, die im Geiste Banderas „Nationalisten, Neonazis, Russophobe und Antisemiten“ sind und einen Staatsstreich durchgeführt hätten und auf die Abspaltung des Kosovo.

Quelle: chartophylakeion

<http://www.chartophylakeion.de/blog/2014/03/18/putins-rede-zum-beitritt-der-krim/#.U8S4iUBNq1i>

Rede von Barack Obama vor der Militärakademie West Point vom 28. Mai 2014

„Die Vereinigten Staaten werden von militärischer Gewalt Gebrauch machen, einseitig wenn nötig, wenn unsere entscheidenden Interessen es erfordern, - wenn unser Volk in Gefahr ist, wenn unsere Lebensgrundlagen auf dem Spiel stehen, wenn die Sicherheit unserer Verbündeten in Gefahr ist. (...) Die internationale Meinung zählt, aber Amerika darf nie um Erlaubnis bitten, wenn der Schutz unseres Volkes, unseres Landes oder unsere Lebensart auf dem Spiel stehen.“

Quelle 1: Voltairenet.org

<http://www.voltairenet.org/article184101.html>

Quelle 2: The White House

<http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/05/28/remarks-president-united-states-military-academy-commencement-ceremony>

Bundesrechnungshof, Bericht an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages nach § 88 Abs. 2 BHO über Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP) als Beschaffungsvariante im Bundesfernstraßenbau vom 04. Juni 2014

Öffentlich-private Projekte im Autobahnbau sind zu teuer für den Staatshaushalt. Die Kosten zulasten der Bürgerinnen und Bürger betragen Milliarden Euro. Der Bundesrechnungshof stellt in fünf von sechs Projekten Mehrkosten in Höhe von 1,9 Milliarden Euro gegenüber einer rein-öffentlichen Auftragsvergabe fest.

Quelle: Gemeingut in Bürgerhand

http://www.gemeingut.org/wp-content/uploads/2014/06/2014-06-04_Bericht_BRH_zu_PPP_an_Haushaltsausschuss.pdf

Das EU-Freihandelsabkommen mit Kanada mit dem Namen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement), veröffentlicht am 14. August 2014

Das Abkommen umfasst 1500 Seiten und liegt als ZIP-Datei vor.

Quelle: tagesschau.de

<http://www.tagesschau.de/download/ceta-111.zip>

Gegen das "Geschwür des gewalttätigen Extremismus"

US-Präsident Obama spricht vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen - Die Rede im Wortlaut (deutsch) vom 25. September 2014

Obama spricht über die Ordnung der Welt und geht dabei auf aktuelle Konflikte, beispielsweise dem Umgang mit Russland oder dem israelisch-arabischen Konflikt ein.

Quelle: AG Friedensforschung

<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/UNO1/gv2014-obama.html>

Rede des Außenministers Russlands, Sergej Lawrow, auf der 69. UNO Generalversammlung, New York vom 27. September 2014

Heute zeichnet sich immer stärker der Widerspruch zwischen der Erfordernis von kollektiven, partnerschaftlichen Handlungen im Interesse der Ausarbeitung von adäquaten Antworten auf für alle gemeinsame Herausforderungen und dem Streben mehrerer Staaten nach Vorherrschaft und nach einer Wiedergeburt des archaischen Blockdenkens ab, welches auf Kasernendisziplin und der unzulänglichen Logik „meine eigenen – die anderen“ basiert.

Die westliche Allianz mit der USA an der Spitze tritt als Kämpferin für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte innerhalb einzelner Länder auf, agiert jedoch in der internationalen Arena von den genau entgegengesetzten Positionen aus, verwirft das in der UN-Charta festgelegte demokratische Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten und versucht, für alle zu entscheiden, was gut und was schlecht ist.

Washington deklarierte offen sein Recht auf den einseitigen Einsatz von militärischer Stärke wo auch immer für die Verteidigung der eigenen Interessen. Militärische Interventionen wurden zur Norm und zwar trotz der Tatsache, dass alle in den letzten Jahren von den USA unternommenen Gewaltoperationen jammervoll endeten.

Quelle: NachDenkseiten

http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/141020_rede_des_aussenministers_russlands_sergej-lawrow,%20auf%20der%2069.%20UNO-Generalversammlung,%20New%20York,%2027.%20September%202014.pdf

Putins Rede beim Diskussionsklubs „Waldai“ am 26. Oktober 2014

Wie soll unsere Welt geordnet sein? Ein, mehrere oder gar kein Machtzentrum? Wie sollen die Völker miteinander umgehen? Welche gemeinsamen Sicherheitsstrukturen sollte es geben? Macht es Sinn, sich gegenseitig oder reihenweise andere Länder zu destabilisieren? Wie wäre der Umgang mit Terror und Gewalt zu organisieren? Der russische Präsident Putin ist bei seiner Rede erstaunlich offen und tiefgreifend auf diese Fragen eingegangen.

Quelle1:NachDenkseiten

http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/141107_Rede_Putin_Diskussionsclub_Waldai_deutsch.pdf

Quelle 2: You Tube

<http://www.youtube.com/watch?v=g6zyl2hGXWo>

Jahresgutachten 2014/15 "Mehr Vertrauen in Marktprozesse" vom 12.11.2014

Durch Medienmitteilungen kann schnell der Eindruck entstehen als sei der Sachverständigenrat (SVR) eine homogene Gruppe. Dabei hat Peter Bofinger im Gutachten des SVR in vier Kapiteln "eine andere Meinung" vertreten (S.44ff, 164, 256ff, 344ff). Bofinger ist früh für die Einführung des Euro eingetreten. Allerdings kritisiert er die einseitige Ausrichtung der EZB auf die Preisstabilität und wirft ihr die Vernachlässigung von Wachstum und Beschäftigung vor. Außerdem plädiert er für eine stärker nachfrageorientierte Politik.

Quelle: Sachverständigenrat

<http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2014-2015.html>

Rede von Bundeskanzlerin Merkel anl. des Jahrestreffens 2015 des World Economic Forum am 22. Januar 2015

„Deshalb möchte ich abschließend ein großes Plädoyer dafür einlegen, dass die Europäische Union offen ist für Freihandelsabkommen: ein Freihandelsabkommen mit Japan, ein Freihandelsabkommen mit Kanada – das ist weitgehend verhandelt und muss noch ratifiziert

werden – und ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika.“

Quelle: Die Bundesregierung

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2015/01/2015-01-22-merkel-wef.html>

Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der 51. Münchner Sicherheitskonferenz vom 07. Februar 2015

„Auch wir sind sehr daran interessiert, dem langfristigen Ziel eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Wladiwostok über Lissabon bis Vancouver näher zu kommen. Ich unterstütze dazu notwendige Gespräche auch zwischen der EU-Kommission und der Eurasischen Union. Aber ich ergänze: Voraussetzung für solche Gespräche und erst recht für den Erfolg ist natürlich die Überwindung der Ukraine-Krise auf der Grundlage des internationalen Rechts.“

Quelle: Die Bundesregierung

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2015/02/2015-02-07-merkel-sicherheitskonferenz.html>

Rede des US-Vizepräsidenten Joe Biden auf der Münchner Sicherheitskonferenz vom 07. Februar 2015

Die USA würden die Ukraine unterstützen. Details hatte er – vor dem Hintergrund von Diskussionen in den USA über Waffenlieferungen an die Ukraine – nicht genannt. Wörtlich sagte Biden u.a.: "Es ist nicht das Ziel der USA, die russische Wirtschaft zu schwächen oder zum Zusammenbruch zu treiben" und "Aber Präsident Putin muss eine einfache Entscheidung treffen: Abzug aus der Ukraine oder steigende wirtschaftliche Kosten zu Hause in Kauf nehmen."

Quelle: the White House

<http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/02/07/remarks-vice-president-munich-security-conference>

Rede des russischen Außenministers Sergej Lawrow auf der Münchner Sicherheitskonferenz vom 07. Februar 2015

Der Westen heize den Konflikt in der Ukraine an. Russland sehe dennoch Chancen für eine diplomatische Lösung. Kiew müsse mit den Separatisten sprechen. Positiv hat Lawrow die deutsch-französische Friedensinitiative bewertet, die „eine gute Grundlage“ für einen „gewissen Grad an Optimismus“ sei.

Quelle: Phoenix via You Tube

<https://www.youtube.com/embed/dqtOEGvlgpY>

Rede von Außenminister Steinmeier bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2015 vom 08. Februar 2015

„Deshalb beteiligen wir uns am Krisenmanagement und werfen unsere Stimme und unser Gewicht aktiv in die Waagschale für die Einhaltung und der Erneuerung der Weltordnung. Ich will nur drei konkrete Schwerpunkte nennen:

Erstens: Deutschland wird mitwirken an der Stärkung multilateraler Institutionen. (...)

Zweitens: Deutschland wird sein Engagement und seine Instrumente für die Bewältigung von Krisen und Konflikten ausbauen. (...)

Drittens: Deutschland steht in besonderer Verantwortung für die Sicherheit Europas.“

Quelle: Auswärtiges Amt

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2015/150208_BM_M%C3%BCSiKo.html

Jetzt online: EU-Verhandlungstexte für die TTIP, veröffentlicht am 10. Februar 2015

Die EU-Kommission veröffentlicht im Rahmen einer Transparenz-Offensive Texte über die TTIP-Verhandlungen.

Quelle: European Commission

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1252&serie=866&langId=de#market-access>

Abschlussklärung von Minsk im Wortlaut, veröffentlicht am 12. Februar 2015

Der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, der Präsident der Französischen Republik, François Hollande, und die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel, haben diese Erklärung ausgehandelt.

Quelle: Spiegel Online

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-gipfel-in-minsk-die-abschlussklaerung-im-wortlaut-a-1018096.html>

Rede von Bundeskanzlerin Merkel im Deutschen Bundestag vom 09. September 2015

Thema dieser Rede ist auch die Problematik im Umgang mit Flüchtlingen. Dazu sagte Frau Merkel u.a.:

„Wir können nicht nur sagen: „Wir verteilen eine bestimmte Zahl von Flüchtlingen“, sondern wir müssen auch überlegen, wie wir mit den Flüchtlingen, die bei uns ankommen, umgehen. Man kann hier keine Höchstgrenze setzen und sagen, dass man sich darüber hinaus nicht darum kümmert, sodass dies die Sache von zwei, drei oder vier Ländern ist, sondern es muss hier eine europäische Verantwortung geben. Nur so werden sich alle Mitgliedstaaten auch um die Behebung von Fluchtursachen und internationalen Konflikten kümmern. Auch das ist eine Gemeinschaftsaufgabe.“

Quelle: Die Bundesregierung

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2015/09/2015-09-10-rede-deutscher-bundestag.html>

Dazu: Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik am 24. September 2015

„Albanien, Kosovo und Montenegro werden zu sicheren Herkunftsstaaten im Sinne von Art. 16a Absatz 3 Grundgesetz bestimmt, um die Asylverfahren der Staatsangehörigen dieser Länder weiter zu beschleunigen. Der Bund wird sich aktiv für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Minderheiten, insbesondere Roma, im Westbalkan einsetzen. Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wird alle zwei Jahre überprüft. (...)

Mögliche Fehlanreize für unberechtigte Asylanträge werden beseitigt.“

Quelle: Pro Asyl

http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/v_Dokumente_Dritter/Beschluss_Asyl-_und_Fluechtlingspolitik_24.9.15.pdf

Video: Rede Präsident Obamas vor der UNO am 28.9.2015

Quelle: You Tube

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=27891>

Dazu: Remarks by President Obama to the United Nations General Assembly vom 28. September 2015

Mit Blick auf den Konflikt in Syrien lehnte US-Präsident jede Zusammenarbeit mit dem syrischen Präsidenten Assad, den er als „Tyrannen“ bezeichnet, ab. Konkrete Lösungsansätze blieb Obama schuldig.

Quelle: the White House

<https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/09/28/remarks-president-obama-united-nations-general-assembly>

Die Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom 28. September 2015 vor der UNO

„Ich möchte jedoch festhalten, dass es während der gesamten 70jährigen Geschichte der UNO Meinungsverschiedenheiten gegeben hat. Das Vetorecht ist immer in Anspruch genommen worden: von den USA, von Großbritannien, von Frankreich und China und auch von der Sowjetunion und später Russland. Das ist völlig normal für eine so repräsentative und vielschichtige Organisation. Auch bei der Gründung der UNO hat niemand angenommen, dass in ihr ständig Einstimmigkeit herrschen werde. Das Wesen dieser Organisation besteht gerade darin,

Kompromisse zu suchen und herauszuarbeiten, und ihre Stärke darin, verschiedene Meinungen und Sichtweisen zu berücksichtigen.“

Quelle: junge Welt

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=27750#h01>

Gespräch zwischen Anne Will und der Bundeskanzlerin vom 7. Oktober 2015

In dem 58 Minuten langen Gespräch mit Anne Will hat es die Bundeskanzlerin geschafft, bei der Behandlung der Ursachen der Flucht so vieler Menschen mit keinem Wort auf die Kriege zwischen Libyen, Syrien, Irak und Afghanistan einzugehen und schon gar nicht auf die Rolle des Westens und seiner Verbündeten am Golf als Verursacher dieser mörderischen Kriege.

Quelle: ARD Mediathek

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=27891>